

Klaus-Werner Schatz: Der Wert der Freiheit

Milton Friedman hat mit der Illusion aufgeräumt, dass der Staat für Wohlfahrt sorgen könne und werde. Er hat gezeigt, wie durch die wirtschaftliche auch die politische Freiheit gesichert werden kann. Milton Friedman ragt unter den großen Ökonomen des zurückliegenden Jahrhunderts heraus. Er hat in einzigartiger Weise methodisch, empirisch und theoretisch in der Wirtschaftsforschung sowie wirtschaftspolitisch und gesellschaftsphilosophisch prägend gewirkt. Seine wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten fallen in die 50er und 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts. Mit »Kapitalismus und Freiheit« holte Friedman die Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm. Das Buch ist ein Bekenntnis zum klassischen Liberalismus, und der freie Bürger ist der Ausgangspunkt aller seiner Überlegungen. Zunächst befasst sich Friedman abstrakt mit der Rolle, die der Staat in der freiheitlichen Gesellschaft auszufüllen hat. Wirtschaftliche und politische Freiheit sind selbstverständliche Rechte des Bürgers und gehören untrennbar zusammen. Werde die wirtschaftliche Freiheit beseitigt, erfolge erfahrungsgemäß die Abschaffung der politischen Freiheit. Der Staat müsse deshalb die wirtschaftliche Freiheit gewährleisten, damit die freiheitliche Gesellschaft als Ganze Bestand haben könne. Er hat allgemein akzeptierte Spielregeln zu setzen, er soll Schiedsrichter sein, hat aber nicht selbst mitzuspielen. Explizit rechnet Friedman mit Sozialismus und gar zentraler Planung als prinzipiell politisch und wirtschaftlich freiheitsfeindlich und damit als ökonomischer Irrweg ab. Er beschreibt jedoch nicht näher, ab wann er die wirtschaftliche Freiheit des Bürgers oder seine politische als entscheidend beschnitten ansieht. Das hat ihm Kritik eingetragen, im Grundsätzlichen bleiben seine Argumente überzeugend.

Als »Kapitalismus und Freiheit« 1962 erschien, waren in der Wissenschaft die makro-ökonomischen Theorien von Keynes, oft im Gemisch mit sozialistischen Dogmen, das herrschende Paradigma; sie waren zur Richtschnur für die Wirtschaftspolitik geworden und bestimmten die Ansichten der Öffentlichkeit. Keynes war auf ein überzeugungsbereites Publikum gestoßen. Der klassische Liberalismus erschien diskreditiert, war er doch offenbar in die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 eingemündet. Keynes führte die Krise auf die inhärente Instabilität des liberalen Wirtschaftssystems zurück. Es neige wechselnd zu Boom und Depression. Der Staat müsse durch seine Finanzpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen, um Übersteigerungen zu vermeiden, und sie durch vorübergehend vermehrte eigene Ausgaben oder gesenkte Steuern anregen, um Krisen zu verhindern.

Bereits von Mises und von Hayek hatten sozialistische Ideen und den Keynesianismus aus liberaler Sicht verworfen. Sie galten jedoch weithin als Reaktionäre, die lediglich eine verstaubte marktradikale Ideologie verfochten. Friedman widerlegt Keynes' Argumente empirisch. Er zeigt, dass die Weltwirtschaftskrise nicht Instabilitäten des liberalen Wirtschaftssystems zuzuschreiben, sondern durch die Geldpolitik der staatlichen Notenbanken verursacht worden war. Sie hatte einen drastischen Rückgang der Geldmenge zugelassen. Die Geldpolitik hatte Keynes als unwirksam erachtet, mit der Geldmenge hatte er sich jedoch nicht befasst. Aber nicht nur die Diagnose sei falsch, sondern auch die von Keynes empfohlene Therapie taue nicht. Haushalte orientierten sich bei ihren Ausgaben nicht an vorübergehenden Einkommenserhöhungen, sondern an dem Einkommen, mit dem sie dauerhaft rechnen können (»permanent income hypothesis«). Die Menschen hegten keine Illusionen, sie hätten rationale Erwartungen. Sie seien durch die Politik weit weniger zu manipulieren, als Keynes unterstellte.

Gerade weil die Geldpolitik ein mächtiges Instrument ist, fordert Friedman ihre Entpolitisierung. Die Ausweitung der Geldmenge solle stetig erfolgen und bestimmten, klar erkennbaren Regeln folgen, um Störungen des Wirtschaftsgeschehens, die sich ohnehin immer ergäben, nicht noch monetär zu verstärken. Niemand könne das Wissen haben, das erforderlich sei, um durch die Geldpolitik derartige Störungen zu vermeiden. Aus den gleichen Gründen spricht sich Friedman auch für eine stetige Finanzpolitik aus.

Friedman hat nicht nur das keynesianische Gedankengebäude zum Einsturz gebracht, sondern zugleich sozialistischen Dogmen wissenschaftliche Dignität entzogen, die ihnen Keynes anscheinend

verliehen hatte. Friedman konnte sich mit seinen Ansichten jedoch lange nicht durchsetzen. In der Wissenschaft war die Bereitschaft gering, einen völligen Paradigmenwechsel zu vollziehen. Nicht die von Friedman geforderte Stetigkeit der Finanzpolitik wurde zu ihrem Programm, sondern zusammen mit der antizyklischen Finanzpolitik auch eine antizyklische Geldpolitik. Den Politikern bot diese so genannte Globalsteuerung der Wirtschaft, also die Änderung der finanz- und geldpolitischen Bedingungen je nach konjunktureller Lage, ein ungemein attraktives Betätigungsfeld, zumal wenn damit zusätzliche Staatsausgaben zu begründen waren. Erst am Ende der 1970er-Jahre, nachdem die keynesianischen Therapien zu hoher Inflation und Arbeitslosigkeit, Stagnation der Wirtschaft und stark gestiegenen staatlichen Haushaltsdefiziten und Schulden geführt hatten, vollzog sich allmählich das Umdenken, für das Friedman die Fundamente gelegt hatte.

Ein ähnliches Umdenken, oft unter dem Zwang der Verhältnisse, ist auf anderen Gebieten staatlichen Handelns erfolgt, mit denen sich Friedman in »Kapitalismus und Freiheit« befasst. So spricht er sich für die Aufgabe des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse aus, und tatsächlich brach dieses System 1973 zusammen und wurde durch flexible Wechselkurse ersetzt. Als überzeugter Liberaler tritt Friedman für den freien internationalen Handel und Kapitalverkehr ein, auch für den einseitigen Abbau der Hemmnisse, wenn andere nicht mitmachen wollen. Denn Protektion nutze nur den unmittelbar Begünstigten, während sie der Gesellschaft schade. Nun gibt es zwar immer noch bedeutsame Beschränkungen. Aber die Globalisierung der Wirtschaft belegt, dass die Fortschritte doch groß sind. Protektionismus lehnt Friedman nicht nur in der Außenwirtschaft, sondern überall ab. Seine Ausführungen zu den nachteiligen Wirkungen von Lizenzen, mit denen der Zugang zu bestimmten Berufen geregelt, be- und verhindert und Schutz vor Konkurrenz gewährt wird, sind unverändert aktuell und lassen sich ohne Weiteres z.B. auf die Handwerksordnungen in Deutschland übertragen.

Seine Auffassungen, wie bei Vorliegen technischer (natürlicher) Monopole verfahren werden sollte, würden die meisten liberalen Ökonomen wohl nicht mehr voll teilen. Unter dem Alternativen Staatsmonopol, dem unkontrollierten Privatmonopol und dem kontrollierten Privatmonopol zieht er im Allgemeinen das unkontrollierte Privatmonopol vor, weil die Schäden daraus noch am geringsten seien. Außerdem blieben Staatsmonopole häufig erhalten, obwohl sich die technischen Bedingungen geändert hätten und private Monopole nicht fortbestehen könnten. In der Tat sind die technischen Voraussetzungen für Wettbewerb nun oft gegeben, aber wegen der starken Stellung der ursprünglichen Monopolisten ist nach heutiger Ansicht eine Regulierung zum Zweck der Markttöffnung für neue Anbieter unumgänglich. Es sind inzwischen auch recht effiziente Formen der Regulierung gefunden worden.

Friedman wendet sich gegen jegliche gesetzliche Vorkehrungen, mit denen die Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Religion, der Hautfarbe, des Geschlechts und sonstiger Tatbestände verhindert werden soll, und bei den Anhängern des kürzlich in Deutschland beschlossenen Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes wird er damit große Empörung hervorrufen. Bedenkenswert ist sein Argument aber sehr wohl, dass in der Marktwirtschaft jemand, der diskriminiert, sich stets selbst schadet. Vor allem in jüngerer Zeit ist Friedman mit seinem Vorschlag auf große, freilich geteilte Resonanz gestoßen, soziale Leistungen und andere staatliche Maßnahmen zur Absicherung der Existenz (z.B. gesetzliche Mindestlöhne) durch die Zahlung eines einheitlichen Grundeinkommens zu ersetzen. Nimmt jemand Erwerbsarbeit auf, so verringert sich der ausgezahlte Betrag mit zunehmendem eigenem Einkommen schrittweise, und bei Erreichen einer bestimmten Höchstgrenze des Erwerbseinkommens erhält er keine Zahlung mehr. Bis dahin ist das gesamte Einkommen, über das er verfügen kann, also stets höher als das Erwerbseinkommen. Es werden keine Steuern auf das Einkommen erhoben, sondern man erhält - nach und nach abnehmende - staatliche Transfers. Friedman nennt sie negative Einkommensteuern. Die übliche positive Besteuerung der Einkommen setzt erst nach Überschreiten der Höchstgrenze des Erwerbseinkommens ein. Die unübersichtliche Vielfalt heute üblicher und in ihren Begünstigungswirkungen nicht mehr überschaubarer sozialer Leistungen würde also durch das einheitliche

Grundeinkommen für alle Personen ersetzt, und weil mit zunehmendem Erwerbseinkommens Transferzahlungen nicht mehr abrupt, sondern schrittweise entfielen, würden die Anreize zur Aufnahme von Arbeit gestärkt.

An diesen Vorschlag Friedmans knüpfen die Diskussionen in Deutschland und anderen Ländern um den Kombilohn oder auch ein Bürgergeld an. Dagegen sind Friedmans Überlegungen zu einer grundlegenden Umgestaltung des schulischen Bildungssystems trotz dessen verbreitet evidenter Mängel in der Politik bisher kaum auf ein Echo gestoßen. Er will die staatliche Finanzierung der Schulen durch staatlich finanzierte Bildungsgutscheine ersetzen, die Eltern oder Schüler bei einer privaten oder öffentlichen Schule ihrer Wahl in Zahlung geben können. Die Schulen müssten einer staatlich festgelegten Mindestqualität genügen und erhielten eine große Autonomie. Es ergäbe sich ein freier Markt für Bildung, auf dem die Schulen mit ihrem Angebot im Wettbewerb untereinander stünden. Hinter den meisten Argumenten gegen den freien Markt, so lautet ein Schlüsselsatz in den Eingangspassagen von »Kapitalismus und Freiheit«, steckt der mangelnde Glaube an die Freiheit selbst.

Friedman war seiner Zeit weit voraus, und er ist es in vielem noch heute. Offene Bekenntnisse zu sozialistischen Ansichten sind, zumal nach dem Untergang der Zentralverwaltungswirtschaften, zwar rar geworden, aber auch konsequent liberale Positionen werden eher selten vertreten. Bedauernd sprach Friedman davon, dass er in »Kapitalismus und Freiheit« nicht ausdrücklich auf die bürgerliche Freiheit eingegangen sei. Die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten seien zwar ungemein größer als bei Erscheinen des Buches. Zunehmend eingeengt werde aber die bürgerliche Freiheit durch paternalistische Regierungen gerade in den westlichen Staaten. Der Liberale, so Friedman, akzeptiert den Menschen als unvollkommenes Wesen.

Quelle: Klaus-Werner Schatz: Der Wert der Freiheit, in: Klassiker der Ökonomie. Von Adam Smith bis Amartya Sen, hrsg. v. Michael Hüther, Bonn 2006, S. 262-266.